Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt
und
# Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 294. Freitag den 21. October 1881. 75. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir bekannt, daß der Schlosser

Herr **Theodor Abicht** hier,
Nordstraße 3,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 15. October 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Altmann.

### Bekanntmachung.

Am 6. November dieses Jahres sind die Zinsen einer Stiftung von 3500 Mk. an 10 **hier** wohnhafte Prediger- oder Lehrer-Wittwen zu vertheilen.

Bewerberinnen wollen sich bis zum **29. October dieses Jahres schriftlich** unter kurzer Darlegung ihrer Verhältnisse bei uns melden.

Leipzig, den 20. October 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Harrwitz.

### Holz-Auction.

**Montag,** den 24. October d. J., sollen im **Forstrevier Rosenthal** den Vormittags 9 Uhr an

2 rüsterne **Nutzklötze,**
1 Partie **Brennscheite** und
1 Partie starke **Abraumhaufen**

unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Baarzahlung an Ort und Stelle an den Meistbietenden verkauft werden.

**Zusammenkunft:** Vormittags 9 Uhr am Rosenthalthore.

Leipzig, am 17. October 1881.

**Des Raths Forstdeputation.**

Im Monat September d. J. gingen beim Armenamte ein **an Geschenken:**

| | | |
|---|---|---|
| 5 M — ₰ | Finderlohn für eine goldene Damenuhr, nach Bestimmung des Verlustträgers, durch das Polizeiamt, | |
| 250 » — » | als einen Theil der Vergleichssumme in einem bei dem königl. Landgericht Leipzig, Kammer I für Handelssachen, anhängig gewesenen Processe, durch Herrn Justizrath Richter, | |
| 60 M — » | als Sühne in Sachen S. ./. E. S. v. 7/8.81. | durch Hrn. Friedensrichter Nagel. |
| 6 » — » | » » » F. W. ./. K. v. 20/8.81. | |
| 1 » — » | » » » W. O. ./. St. v. 12/8.81. | |
| 15 » — » | » » » F. S. ./. H. B. v. 23/8.81. | |
| 3 » — » | » » » Sch. ./. K. | |
| 2 » — » | » » » E. ./. B. | |
| 1 » — » | » » » T. ./. C. | |
| 2 » — » | » » » H. ./. M. | |
| 2 » — » | » » » Sch. ./. L. | |
| 3 » — » | » » » K. ./. H. | |
| 1 » — » | » » » R. ./. B. | |
| 2 » — » | » » » R. ./. B. | |
| 358 M — ₰. | | |

Leipzig, den 11. October 1881.

**Das Armenamt.**
Ludwig-Wolf. Lange.

### Bekanntmachung.

Vier im hiesigen **Realschulgebäude** befindliche **Keller** — der eine mit 21½, zwei mit 28½ und der vierte mit 12½ Quadrat-Meter Grundfläche und 2½ Meter Höhe — sollen demnächst zu Niederlagsräumen rc. vermiethet werden.

Reflectanten wollen ihre Offerten unter Angabe des Zwecks der Verwendung dieser Keller bez. eines derselben bis

**zum 26. October 1881**

im hiesigen Rathhause, Zimmer Nr. 1, niederlegen.
Auswahl unter den Bietenden wird vorbehalten.
Reudnitz, den 19. October 1881.

**Der Gemeinderath.**
Oeser.

## Nichtamtlicher Theil.

**Leipzig, 21. October.**

Eine wahrhaft beherzigenswerthe Mahnung erlassen die hannoverschen Nationalliberalen. Sie erklären mit vollstem Rechte als den größten Feind des gemäßigten Liberalismus — die Lauheit. Auch jetzt noch entwickeln unsere politischen Freunde in vielen Theilen des Vaterlandes, trotz der so ungemein tiefgreifenden Wahlagitationen, bei der Umwerbung der Wähler durch die Parteien von rechts und links, bei den gewaltigen Anfeindungen und Verhetzungen, welche von diesen Parteien den Nationalliberalen zu Theil werden, nicht jene Energie und Thätigkeit in der Wahlbewegung, die gerade ihnen als eine große politische Pflicht erscheinen sollte, je mehr sie von der staatserhaltenden Nothwendigkeit ihrer Existenz überzeugt sind, überzeugt sein müssen.

Gerade der Kern des Staatsbürgerthums, jene vielgeschmähte und bestgehaßte „Bourgeoisie“, Bürger und Bauern, der feste Wall gegen die zersetzenden und zerstörenden radicalen Elemente, die Trägerin und Hüterin der freiheitlichen Errungenschaften bei der Entwickelung und dem Ausbau unseres nationalen Staates, diese gewaltige Säule jeder Staatsordnung — unser echtes deutsches Bürgerthum in Stadt und Land — sollte auch noch außen hin eine regere politische Thätigkeit zeigen und bei den so hochwichtigen Wahlen allen Parteien an rühriger Bethätigung vorangehen.

Die Lauheit — unser schlimmster Feind! Sicherlich; und macht dieselbe nicht einer energischen Thätigkeit, einem kräftigeren Vorgehen Platz, so wird diese Lauheit verschulden, daß die radicalen und die reactionären Parteien immer mehr Bresche in die Burg des liberalen deutschen Bürgerthums legen, und indem sie diese selbst vernichten, den Staat gefährden.

Deshalb sollen die Nationalliberalen, die sich mit Recht als die erste staatserhaltende Kraft unter den Parteien schätzen, wie ihrer selbst, so auch des Staates wegen die Lauheit über Bord werfen und energisch für sich in den Kampf der Parteien eintreten, damit sie nicht verlieren an Bedeutung in unserem politischen Leben und an Macht, maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung unseres Staatslebens auszuüben.

In dem augenblicklich auf seinem Höhepuncte angelangten Wahlkampfe sollen die Nationalliberalen zeigen, daß sie gesonnen sind, sich ihre Bedeutung und ihren Einfluß zu wahren, indem sie kräftig in denselben eingreifen.

An den Wahlurnen sollen sie Mann für Mann erscheinen, für ihren Candidaten den Sieg erringen, und damit beweisen, daß sie sind, was sie sein müssen, die wichtigste Partei im Deutschen Reiche. Fort mit unserem bösen Feinde, fort mit der Lauheit!

---

Ueber die politische Lage wird uns aus Berlin vom Mittwoch geschrieben: „Daß die politische Saison nunmehr wirklich bei uns eingekehrt, ist seit heute selbst in dem weltstädtischen und Alles gleich machenden Getriebe der Reichs-Hauptstadt deutlich genug zu merken. Denn die Mitglieder des Bundesraths, welcher morgen zu seiner Eröffnungssitzung zusammentritt, haben sich bereits zahlreich hier eingefunden, und man kann ihnen in dem vornehmen Viertel der Wilhelmsstraße begegnen, wie sie nach mehrmonatlichen Ferien collegialische Begrüßungen austauschen oder auch mit gedrückten Mienen als unfreiwillige Barometer für die Gespanntheit und Ungewißheit der Lage erscheinen. Soweit man in Regierungs-Kreisen überhaupt noch liberal in Deutschland empfindet, hat man diese Gesinnungen in einzelnen wenigen kleinstaatlichen Vertretern beim Bundesrath zu suchen. Ihre Namen zu nennen, hieße nach Lage der Dinge sich ihnen höchst ungefällig erweisen, aber festgestellt kann dennoch werden, welchen befremdlichen Eindruck bei diesen Ministern deutscher Bundesstaaten officiöse Anzapfungen nach Art derjenigen gemacht haben, zu welchen die „Post“ sich hergab, und in denen einem nicht genannten thüringischen Souverain Begünstigungen liberaler Wahlagitationen vorgeworfen wurden. Damit dieses Vorgehen seine rechte Beleuchtung erhalte, muß es die „Germania“ also die berufene Vertreterin des Particularismus sein, die in scharfer Sprache den antibundesstaatlichen Charakter jenes Angriffes rügt und den bedauerlichen Rückschlag auf die öffentliche Meinung des Auslandes fürchtet, welches sich hiernach von der deutschen Einheit seltsame Begriffe bilden werde. Wohlthuend hebt gegen diese Episode die Nachricht von der Ernennung Hölder's, des langjährigen, s. Z. nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und bisherigen Präsidenten der Stuttgarter Kammer, zum württembergischen Minister des Innern (an Sick's Stelle) ab. Obwohl die Meldung erst in später Nachmittagsstunde hier eintraf, ging ihr doch ein Gerücht in gleicher Richtung voraus, und es ist bezeichnend genug für die Stimmung in Bundesrathskreisen, daß die vorbereitende Nachricht nicht eben überall Glauben fand. Hölder markirt trotz seines Austritts aus der nationalliberalen Reichstagsfraction noch immer den rechten Flügel des Liberalismus, und wenn er, wie zu erwarten steht, zum württembergischen Bundesraths-Bevollmächtigten ernannt wird, so verstärkt er in dieser Körperschaft eine Richtung, welcher, man mag sagen, was man wolle, der Kanzler den Absagebrief geschrieben. Indessen ist Haltung und Erfolg des Herrn Hölder eine spätere Sorge, weit näher liegt der politischen Welt der Ausgang des 27. October, der Entscheidungsschlacht des Wahlkrieges. Die scheinbare Ermattung, die heute, wo uns nur noch 8 Tage vom Wahltermin trennen, über alle Parteien gekommen ist, bezieht sich nur auf das Aeußerliche der Agitation. Man fühlt, daß in dieser Richtung Nichts mehr zu thun ist, und daß nach erfüllter Pflicht der Erfolg wohl erhofft, aber nicht erzwungen werden kann. In Wirklichkeit ist die Spannung eine fieberhafte und hat hier in Berlin selbst die unpolitischsten Köpfe in eine Art seltsamen Rausch versetzt. Den Leitern der Bewegung aber, hüben wie drüben, kann man es wohl glauben, daß ihnen der Stoßseufzer von Herzen kommt: „Wäre doch nur erst Alles vorüber!“

Endlich gesteht nun auch das Sprachrohr der Regierung, die „N. A. Z.“, zu, daß ein Entwurf zur Einführung des Tabaksmonopols bereits vollendet ist; allerdings macht sie dieses Geständniß in einer Form, welche ihr gestattet, dasselbe jeder Zeit zurückzuziehen. Die „Köln. Ztg.“ hatte neulich behauptet, daß der gemäßigte Liberalismus nicht unbedingt gegen die Einführung des Tabaksmonopols sei, sie hatte aber gegen eine sofortige Einführung desselben verschiedene Bedenken geltend gemacht, theils technische, theils politische, und zwar unter den ersteren das, daß die Vorlagen noch nicht fertiggestellt seien; dagegen antwortet nun die „N. A. Z.“, daß dieses Bedenken sich dadurch erledige, daß das rheinische Blatt selbst bald nachher mitgetheilt habe, daß die Arbeiten, betreffend den Voranschlag über den Ertrag des Monopols, bereits von sachkundigster Hand gemacht seien. Man kann diese Bemerkung wohl nicht anders denn als eine Bestätigung der seitdem mehrfach und von verschiedenen Seiten abgeleugneten Nachricht ansehen, daß für die Einführung des Tabaksmonopols die gesetzgeberischen Vorarbeiten bereits abgeschlossen seien. Es wurde schon neulich erwähnt, daß die erwähnte „sachkundigste Hand“ die des Unterstaatssecretairs v. Mayr in Straßburg ist. Aus dem Artikel der „N. A. Z.“ erfahren wir auch, daß die Entschädigungsfrage bei Einführung des Monopols „unter thunlicher Berücksichtigung aller Interessen“ erledigt werde, und daß namentlich die Interessen der kleinen Cigarrendreher in keiner Weise zu kurz kommen sollen, zumal nach Einführung des Monopols über 80,000 Arbeiter in den staatlichen Fabriken Verwendung finden würden. Nachdem durch diese Mittheilungen dargethan ist, daß ein Gesetzentwurf über Einführung des Monopols vorhanden ist und Fürst Bismarck nicht daran denkt, sich mit einer Erhöhung der Tabaksteuer zu begnügen, wirkt es mehr als komisch, wie eindringlich den Nationalliberalen ins Gewissen geredet wird, die constitutionellen Garantien fallen zu lassen, da diese Forderung der nationalliberalen Partei nicht — würdig sei.

Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber, welche nicht abläßt, Herrn v. Bennigsen „Irrthümer“ nachzuweisen, bemerkt der „H. C.“, er müsse auf Grund seiner Informationen auch heute die Richtigkeit dieser Behauptungen entschieden in Abrede stellen. Hat auch ein schriftlicher Meinungsaustausch nach der Abreise des Herrn v. Bennigsen aus Varzin nicht stattgefunden, so hat der Reichskanzler nach seiner Rückkehr nach Berlin die Verhandlungen doch selbst wieder aufgenommen und wochenlang fortgesetzt. Wenn sie endlich scheiterten, so wird zuzugeben sein, daß auf Seiten des Reichskanzlers das entscheidende Moment in persönlichen Fragen lag. Unzweifelhaft sicher aber sei, daß Herr v. Bennigsen seinerseits weitere Verhandlungen aus dem von ihm in Magdeburg angegebenen Grunde ablehnen zu sollen glaubte, weil er in keinem Fall die Verantwortlichkeit für das Tabaksmonopol übernehmen wollte. Diese Verhältnisse seien seiner Zeit in Berlin Personen, welche dem Reichskanzler und Herrn v. Bennigsen nahe stehen, zur Genüge bekannt geworden.

Die „Provinzialcorrespondenz“ giebt wieder einmal den „Wünschen und Hoffnungen der Regierung“ in Bezug auf die Wahlen Ausdruck. Man hätte behauptet, führt das amtliche Blatt in seiner doctrinairen Manier aus, Fürst Bismarck wolle sich durch die Wahlen eine durchaus gefügige, willenlose Mehrheit schaffen, die seine Vorschläge bis ins Einzelne hinein annehme; Das sei aber nicht der Sinn und Zweck einer Verfassung mit Vertretung des Volkes. Nein, gewiß nicht; aber Das wolle, sagt die „P.-C.“, auch die Regierung und speciell Fürst Bismarck nicht. Was sie wollen und wünschen, sei eine Mehrheit, die mit ihnen ernst und aufrichtig von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, im Interesse des Reichs wie der Einzelnen eine Reform zur Verbesserung des Looses der Arbeiter und der Aermeren unter uns mit Hilfe des Staates so bald als möglich ins Leben zu führen, und die deshalb an der Erreichung dieses Ziels in Gemeinschaft mit der Regierung eifrig arbeiten will. Bei den Wählern stehe es, durch Stärkung der Regierung unsere bisher so befriedigende Stellung nach außen zu sichern und zugleich eine hoffnungsvolle Entwickelung im Innern, eine Gesundung des öffentlichen Geistes und eine allseitige Hebung der Volkskraft anzubahnen oder die politischen und socialen Kämpfe zur tiefen Schädigung des Reichs zu verewigen und bis zur Unheilbarkeit zu steigern. Dies „Entweder — Oder“, nämlich der Regierung aufrichtig, ehrlich und kräftig beizustehen bei ihrem schweren Beginnen, oder ihre Absichten zu durchkreuzen, — ergehe an die Wähler in Stadt und Land! Es möchten alle wahrhaft erhaltenden, alle wahrhaft freisinnigen Kräfte sich mit der Regierung des Kaisers vereinigen, um das Vaterland glücklich, mächtig und groß zu machen.

Die mit der conservativen in Fühlung verbündete ultramontane Presse weidet sich an dem Fiasko, welches die Berliner Conservativen mit dem von ihnen arrangirten „deutschen Volksfeste“ gemacht haben. Es liegt ein Artikel des ultramontanen „Düsseldorfer Volksblatt“ vor, dessen anscheinend sehr gut unterrichteter Verfasser über die Berliner conservativ-antisemitische Agitation Folgendes schreibt:

„Als ein Socialdemokrat eine antisemitische Versammlung verließ, rief er aus: „Donnerwetter, die sind den Most und Hasselmann doch noch über!“ Eine neue Agitation bilden die „Volksfeste“. Es wird ein Schandfleck der sogenannten conservativen Bewegung bleiben, daß sie zu dieser Stufe der Bauernfängerei hinabgestiegen ist. Alle ehrlichen Leute jeder Partei müssen einmüthig gegen eine solche Beirrung vom Pfade des Anstandes und der Redlichkeit Protest erheben. Wenn die Köderung der Wähler durch Schauspiel, Belustigung und Tanz und gar Freibier Mode wird, dann können wir unsere Entrüstung über die englischen und amerikanischen Wahlzustände nur ruhig aufgeben. Und diese Verderbniß der guten deutschen Sitten geht nun gar von einer Partei aus, welche für Thron und Altar das politische Kümmelblättchen zu spielen sich beeilt. Glücklicher Weise ist von Seiten des Hofes der „Festlichkeit“ für den 18. October keinerlei Vorschub geleistet worden, sondern der „Staats-Anzeiger“ hat dem Mißbrauch, der mit dem Geburtstage des Kronprinzen getrieben werden sollte, eine harte, aber vollständige Ablehnung entgegenstellen müssen. Aber es ist unvergeßlich, daß die „Provinzial-Correspondenz“ dem ersten Versuche dieses politischen Bauernfanges ihren halbamtlichen Segen gab und somit die Regierung wenigstens halb dafür verantwortlich zu machen ist, daß diese Orgien der Volksverführung am 18. October sich wiederholen werden. Der Pfennig-Pöbel tritt jedoch zurück vor dem Goldstück-Pöbel. An die antisemitische Agitation hängt sich ein Proletariat der höheren Classen, das in mancher Hinsicht widerlicher und gefährlicher ist, als das Proletariat der schwieligen Fäuste. An die „conservativen“ Kochtöpfe hat sich Alles gedrängt, was in der antifortschrittlichen Agitation sein Mütchen kühlen oder einen Profit suchen will. Verkommene Officiere und Studenten, bankerotte Kaufleute und andere abenteuerliche Gesellen aus den sogenannten „gebildeten“ Classen bilden die Stammgäste jener Wirthshäuser, in welchen die antisemitische Agitation ihr Heim aufgeschlagen; Geld fließt massenhaft aus dunklen Quellen, und so wird denn von Morgens früh bis Abends spät getrunken, gegessen, und in den Zwischenpausen dieses oder jenes Agitationsgeschäft betrieben. In einem dieser Locale haust z. B. die antisemitische Sprengcolonne, eine unheimliche Bande von catilinarischen Existenzen, welche Rohheit und Frechheit in widerlichem Gemische zur Schau tragen. Diese antisemitisch-conservative Agitation ist zu ihrem weitaus größten Theile eine traurige Schmarotzerpflanze, welche sich von den Geldern des Kaufmanns Herzog und anderen Personen füttert und sich im Sonnenschein der obrigkeitlichen Huld wohl sein läßt. Wenn der Wind denn einmal anders weht und das Geld zu Bier und Beefsteak ausbleibt, dann werden die überzeugungsvollen Verkämpfer dieser sogenannten „heiligen“ Sache spurlos verschwunden sein. Zu dieser Sorte Agitatoren paßt es wundervoll, daß im ersten Berliner Wahlkreise ein wegen Ueberfluß von Schulden entlassener Lieutenant zum alleinigen Candidaten proclamirt ist. In der That hat die Fortschrittspartei Recht, die conservative Candidatenauswahl mit übermüthigem Spott zu behandeln. Wollte man Berlin erobern, so müßte man doch die Crème der conservativen Kräfte den Fortschrittlern entgegenstellen. Statt dessen muthet man der Reichshauptstadt zu, zu ihren Vertretern zu wählen einen schiffbrüchigen Lieutenant, einen vielfach ungeschmolzenen Hülfsarbeiter, einen Handwerksmeister, der selbst nicht weiß, was er will, einen Redacteur, der aus finanzieller und ehrgeiziger Berechnung vom Centrum zu den Gouvernementalen übertrat.“

In dieser Weise spricht sich ein antiliberales Blatt über die Veranstalter des „schönen Festes“ aus.

Daß die Fortschrittspartei es versteht, wenn es irgend angänglich ist, im Trüben zu fischen, dafür liegt ein schlagendes Beispiel vor. Von dem fortschrittlichen Candidaten im Wahlkreis Altena-Iserlohn, Rechtsanwalt Lenzmann, berichten ultramontane Blätter, Derselbe habe sich privatim dahin ausgesprochen, daß er ein Gegner jedes Ausnahmegesetzes sei, deshalb auch die ganze Maigesetzgebung mißbillige und für die Aufhebung derselben stimmen würde. Die jesuitische „Germania“ bezeichnet dieses Geständniß als „bemerkenswerth mit Rücksicht auf eine etwaige Stichwahl“ zwischen dem fortschrittlichen und dem nationalliberalen Candidaten. Von fortschrittlicher Seite ist eine Verwahrung gegen eine solche Auffassung der kirchenpolitischen Frage nicht erfolgt. Und doch ist es nicht der erste fortschrittliche Candidat, der sich in dieser Weise ausspricht; es könnten aus einer Rede des Professor Rühl im Wahlkreis Hanau ganz ähnliche Bemerkungen citirt werden. Es wäre doch wirklich Zeit, daß die Fortschrittspartei sich bestimmt und unzweideutig darüber ausspräche, wie sie zu der kirchenpolitischen Frage und der Falk'schen Gesetzgebung, der wichtigsten Angelegenheit in der ganzen inneren Politik, steht. Die Milderung einiger Härten in der sog. Maigesetzgebung hat den Anlaß zum Austritt der „entschieden Liberalen“ aus der nationalliberalen Partei geben müssen, und jetzt erklären fortschrittliche Politiker ungescheut, sie seien bereit, diese ganze Gesetzgebung mit Stumpf und Stiel aufzuheben, ohne daß die maßgebenden Stellen der Partei oder auch nur ein einziges Preßorgan ein Wort des Protestes hätten.

Der Großherzog von Hessen hat am Mittwoch den Landtag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher Vorlagen wegen eines Expropriationsgesetzes, sowie über die Bildung von Provinzialfonds zum Zwecke der Erleichterung des Neubaues von Kreisstraßen, über die Einkommensteuer und über eine Capital- und Rentensteuer angekündigt werden. Eine Vorlage wegen der Secundairbahnen soll erfolgen, wenn die Ergebnisse der gegenwärtig stattfindenden Prüfung vorliegen. Das Staatshaushaltsbudget bis zum 31. März 1883 liege zur Berathung bereit. Die ordentlichen Ausgaben und größtentheils auch die außerordentlichen Ausgaben würden durch die laufenden Einnahmen gedeckt. Weitere Ausgaben stünden aber, besonders wegen des Baues von Secundairbahnen, in Aussicht und würde deren Deckung nur durch Benutzung des Staatscredits möglich sein.

Der Präsident der württembergischen Kammer der Abgeordneten, v. Hölder, ist zum Staatsminister des Innern ernannt und sofort am Mittwoch im Auftrage des Königs durch den Ministerpräsidenten v. Mittnacht vereidigt worden. Der Abtheilungs-Chef der Justiz, v. Faber, ist zum Justizminister ernannt worden. (Siehe oben.)

Die Begegnung des Königs Humbert mit dem Kaiser von Oesterreich ist ausgemacht. König Humbert kommt in den ersten Tagen des November nach Wien und dürfte von dort zur Begrüßung des Kaisers Wilhelm nach Deutschland gehen.

In Dublin ist es am Mittwoch zu neuen und zwar ernstlichen Ruhestörungen gekommen. Die Regierung scheint in der That den Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes zu erwarten und sie trifft bereits Vorkehrungen zur Bekämpfung desselben. Die Truppen bleiben Tag und Nacht in den Casernen consignirt und alle Beurlaubten der in Irland stationirten Regimenter haben Befehl erhalten, sofort auf ihre Posten zurückzukehren. Die Regierung läßt die Bewegungen der sich in London aufhaltenden Führer der irischen Landliga überwachen. Die englischen Radicalen billigen das Vorgehen der Regierung als ein unerläßliches, aber die Socialdemokraten und Republikaner sind erbittert und organisiren eine Reihe von Protest-Versammlungen. So fand Montag Nachmittag auf Clerkenwellgreen unter der Demokratie-Föderation eine Versammlung statt, welche den Zweck hatte, gegen die Verhaftung Parnell's und die von der Regierung in Irland befolgte Politik zu protestiren. Die Verhandlungen waren äußerst tumultuarisch. Ein Individuum, welches es wagte, einen den Zweck des Meetings mißbilligenden Antrag zu stellen, wurde beinahe gelyncht. Die gefaßten Resolutionen mißbilligten die Verhaftung Parnell's als eine grausame, feigherzige und unpolitische Handlung und forderten alle echten Radicalen und Demokraten auf, Entrüstungs-Meetings gegen das Vorgehen der Regierung zu organisiren, da sonst der Despotismus in Irland sich auf England ausdehnen und die Freiheit der Engländer gefährden würde. In Birmingham, Liverpool, Leeds, Manchester, Southwark und anderen Orten wurden ebenfalls mehr oder minder stürmische Protest-Versammlungen abgehalten. Das energische Vorgehen der Regierung gegen die Landliga findet übrigens allseitig den wärmsten Beifall, und viele Blätter fordern noch strengere Maßregeln. Die Liga hat übrigens, wie schon gestern gemeldet wurde, durch eine revolutionaire Proclamation die Sache auf die Spitze getrieben. In Folge der Einsperrung der Führer und Hauptbeamten der Liga sehe sie sich gezwungen, ihre Absicht, die Landacte zu erproben, aufzugeben, und ertheile den Pächtern den Rath, keine Pacht zu zahlen, bis die Regierung den Terrorismus aufgiebt und die constitutionellen Rechte des Volkes wieder herstellt.

Aus St. Petersburg werden heute auf telegraphischem Wege sensationelle Meldungen vermittelt. Man befürchtet daselbst den Ausbruch einer socialen Revolution, einen Krawall gegen Kaufleute und Juden, d. h. gegen die Reichen. Die Regierung hat von diesem von den Socialisten ausgehenden Anschlag Kenntniß erhalten, daher auch Koslow's Wort zu dem Herausgeber des „Herold“: „Wenn Sie wüßten, was in Petersburg sich vorbereitet rc.“ Die Truppen sind jetzt täglich in den Kasernen zusammengehalten und an sie scharfe Patronen vertheilt worden. Die Umsturzpartei wiegelt systematisch weiter auf, hat Proclamationen erlassen: 1) an die uralischen, donischen, orenburgischen, kubanischen, terschen, astrachanischen, sibirischen und anderen Kosaken, die zum Abfall von Alexander III. aufgefordert werden; 2) eine Bekanntmachung des Executivcomités an das Volk der Ukraine in kleinrussischer Sprache gegen die Juden gerichtet, in der Druckerei der „Narodnaja Wolja“ hergestellt wie die übrigen; 3) eine Proclamation an die Arbeiter Rußlands; 4) das Programm über die Arbeiter von den Mitgliedern der Partei der „Narodnaja Wolja“, herausgegeben von der Redaction der „Narodnaja Wolja“ und 5) das Programm des Executivcomités, bestehend aus 6 Hauptpuncten mit 24 Unterabtheilungen, unterzeichnet von „Ispolnitelni Comitet“ (Executivcomité), gedruckt schon am 27. August in der Druckerei der „Narodnaja Wolja“, und nun erschienen, wie darunter zu lesen, in „dritter Auflage“. Die beiden jüngsten Proclamationen in Großformat sind vom 13. und 15. September an die Kosaken und das Volk der Ukraine, dem Publicum indessen erst ganz kürzlich zu Gesicht gekommen, weil der Druck vermuthlich langsam vor sich geht.

Mit Stolz kann Rußlands deutsche Universität Dorpat auf ihre fleckenlose Vergangenheit zurückblicken. Die dörptschen Studenten haben sich in weiser Selbstbestimmung durch ihren Comment gebunden, der inneren Tagespolitik fern zu bleiben, wohl aber sich sowohl auf der Hochschule wie auch im späteren Berufsleben stets als loyale Staatsbürger und treue Anhänger des russischen Herrscherhauses bewiesen. Auch

SLUB
Wir führen Wissen.